2007/26 Ausland

https://jungle.world/artikel/2007/26/kein-krieg-ohne-uns

Kein Krieg ohne uns

Von **Markus Bickel**

Acht Jahre nach dem Kosovo-Krieg hat sich die antideutsche Linke vom Antimilitarismus jener Tage verabschiedet. Selbst Auslandseinsätze deutscher Truppen sind für sie nicht mehr tabu. von markus bickel

Wenn sich am 11. Juli das Massaker von Srebrenica zum zwölften Mal jährt, sollen erneut Hunderte Opfer des Massenmords bestattet werden. 386 liegen zurzeit in den Leichenhallen der International Commission on Missing Persons (ICMP) in Tuzla aufgebahrt für die Trauerfeier bereit. 2374 Tote des vom Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als Genozid bezeichneten Verbrechens sind schon in den vergangenen Jahren auf dem Friedhof der Srebrenica-Gedenkstätte in Potocari beerdigt worden, 159 weitere in Gräbern in anderen Teilen von Bosnien und Herzegowina.

Der schwierige Prozess der Identifizierung der Ermordeten aber ist noch lange nicht beendet: Tausende menschliche Überreste des im Juli 1995 von serbischen Freischärlern und regulären Truppen der bosnisch-serbischen Armee verübten Massakers werden noch per DNA-Analyse in den Labors der ICMP, der bislang die Blutproben von Angehörigen von 7789 Vermissten vorliegen, untersucht. Weil die Täter von Srebrenica ihre Spuren verwischen wollten, verscharrten sie die halb verwesten Leichen später in frisch ausgehobenen Massengräbern – mit dem Ergebnis, dass die Körperteile einzelner Opfer in manchen Fällen aus bis zu vier Gruben zusammengetragen werden mussten.

Für die parlamentarische Linke in Deutschland leitete der größte Massenmord in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg den außenpolitisch wichtigsten Kurswechsel nach der Wiedervereinigung ein: Große Teile der SPD gaben ihre Ablehnung deutscher Militäreinsätze danach endgültig auf; der spätere Außenminister Joschka Fischer, der noch im Sommer 1995 im Bundestag gegen einen Bundeswehreinsatz in Bosnien und Kroatien votiert hatte, begründete mit Verweis auf Srebrenica wenig später seinen Kurswechsel. Auch gut drei Jahre danach, vor dem Nato-Angriff auf Jugoslawien 1999, sollten Grüne und Sozialdemokraten das Massaker von Srebrenica als Begründung anführen, um eine Beteiligung deutscher Tornados an der Operation zu rechtfertigen.

In der radikalen Linken hingegen löste der Massenmord vor allem Abwehrreflexe aus, und das bis heute. »Schätzungsweise 1500 Muslime dürften außerhalb jeder Kampfhandlungen

exekutiert worden sein«, korrigierte Jürgen Elsässer 2003 im Freitag die offiziellen Opferzahlen weiter nach unten, nachdem er ein Jahr zuvor in Konkret noch »zwei- bis dreitausend« Tote als »wahrscheinlich« bezeichnet hatte. Über einen »Srebrenica-Mythos« und fadenscheinige Anklagen gegen »den serbischen Staat wegen des angeblichen Völkermordes an den Muslimen« beklagte er sich erst vor zwei Monaten in der jungen Welt – obwohl die bosnisch-serbische Regierung bereits im Sommer 2004 die politische Verantwortung für das Massaker übernommen hatte.

Dass ein unseriös arbeitender Autor wie Elsässer hier überhaupt zitiert wird, liegt daran, dass er in den neunziger Jahren in exponierten Blättern der antideutschen Linken publizierte. So waren junge Welt und Konkret während der Balkan-Kriege weniger an deren Folgen für die Bewohner des zerfallenden Jugoslawien interessiert als an den politischen Wirkungen auf das wiedervereinte Deutschland. Für Antideutsche lieferten die Kriege in Ex-Jugoslawien eine willkommene Projektionsfläche: Nicht der politisch gebotene Protest gegen die serbische Kriegsführung stand für sie auf der Tagesordnung, sondern die von der politischen Klasse in Bonn und Berlin angeblich forcierte Großmachtpolitik.

Auch ich hing dieser Sichtweise viel zu lange an – beunruhigt durch das Vorpreschen der Bundesregierung bei der völkerrechtlichen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens 1991 und der Welle rassistischer Morde und Übergriffe von Hoyerswerda bis Mölln. Dass der Blick durch die schwarz-rot-goldene Brille einer klaren außenpolitische Analyse schadet, merkte ich erst später: Es war zu einfach, die Nachfolger der deutschen Verbündeten in Kroatien und im Kosovo während des Zweiten Weltkriegs 50 Jahre später als alleinige Täter zu brandmarken und sich aus vermeintlicher historischer Analogie heraus einzig mit dem von deutschen Mainstream-Medien geschmähten Serbien solidarisch zu erklären.

Für eine gesellschaftspolitische Analyse der vielschichtigen, oft widersprüchlichen Tendenzen in Konfliktregionen ließen die antideutschen Denkmuster keinen Platz – ein Defizit, das auch Jahre später, wo der Balkan längst aus dem Blickfeld linker Ideologen gerückt ist, fortbesteht; deutlich sichtbar etwa in der Berichterstattung der Jungle World über den palästinensisch-israelischen Konflikt. Im untergegangenen Jugoslawien erblickten viele Linksradikale in den neunziger Jahren schlicht die beste aller realsozialistischen Welten – obwohl nationalistische Wellen in Kroatien und Serbien ebenso zur Geschichte von Titos Vielvölkerstaat gehörten wie die Tatsache, dass ein multiethnisches Miteinander fast nur in Großstädten wie Belgrad oder Sarajevo stattfand.

Diese Wirklichkeitsverweigerung und der Mangel an Empathie für die Opfer serbischer Aggression allerdings standen in auffälligem Widerspruch zur politischen Praxis vieler linksradikaler Gruppen: Unzählige Flüchtlingsinitiativen setzten sich für die Rechte der nach Deutschland geflohenen Ex-Jugoslawen ein; die Protestbewegung gegen die Abschaffung des Asylartikels 16 des Grundgesetzes im Frühjahr 1993 war die größte außerparlamentarische der neunziger Jahre.

Sechs Jahre später, Rot-Grün regierte inzwischen das Land, manifestierte sich die in der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung sich schon während des Bosnien-Kriegs abzeichnende politische Spaltung auch auf der Straße: Auf einer Kundgebung gegen den Kosovo-Krieg in Berlin forderten antinationale Teilnehmer im Frühjahr 1999 das Verschwinden

serbischer Fahnen, während antideutsche Demonstranten serbischen Anhängern Slobodan Milosevics zur Seite standen. Die die Linksradikalen nach 1990 einende Forderung – keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! – trat damit in den Hintergrund.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 schließlich fiel die Bewegung vollends auseinander: Über die Ablehnung deutscher Auslandseinsätze besteht seitdem kein Konsens mehr, auch nicht in der Jungle World. Ivo Bozic etwa forderte nach Ende des Libanon-Kriegs 2006, die Bundeswehr müsste »den Kopf hinhalten: nicht ein Lazarettschiff vor Beirut ankern lassen, sondern Kampftruppen mit ordentlicher Bewaffnung stationieren, die im Bedarfsfall den Konflikt mit der Hizbollah aufnehmen« (Nr. 34/2006). Stefan Wirner leistete den Offizieren im Einsatzführungskommando in Potsdam erst im April dieses Jahres ungebeten Schützenhilfe, als er Gegnern des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan vorhielt: »Was nach dem geforderten Truppenabzug geschehen soll, sagen die Kritiker nicht.« (Nr. 16/2007)

Jungle-World-Autor Thomas von der Osten-Sacken hatte den Lesern von Springers Welt bereits während der israelischen Luftangriffe auf den Libanon erläutert, »warum ich für den Krieg bin«. Eine Entwicklung, die befremdet, weil in dieser Zeitung nie eine grundlegende Debatte darüber geführt wurde, unter welchen Umständen Auslands-einsätze – ob mit oder ohne deutsche Soldaten –gerechtfertigt sein können. Angesichts einer internationalen Ordnung, die mehr und mehr von Protektoraten und Eingreiftruppen gekennzeichnet ist, sollten Linksradikale endlich offen über politisch legitime Motive für solche Interventionen diskutieren – und sich nicht wie nach dem Massaker von Srebrenica hinter ideologischen Scheuklappen vor der Realität verstecken.

© Jungle World Verlags GmbH